

Correspondent

Ercheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntag.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 7. Juni 1902.

№ 65.

Gau Mittelrhein.

Am den beiden Pfingsttagen fand der 26. Goutag des Gaues Mittelrhein statt und zwar in der westlichsten Ecke, in Saarbrücken.

Am Vorabende trafen die Delegierten mit dem Gauvorstand an der Spitze in Saarbrücken ein, herzlich begrüßt von den dortigen Kollegen. Am ersten Pfingsttage begannen in der Bürgerhalle die Verhandlungen. Der Gauvorsteher Wenzel-Ludwigshafen eröffnete den Goutag mit herzlichsten Begrüßungsworten. Er sprach zugleich den Wunsch aus, daß die Beratungen und Beschlüsse zum Wohle des Gaues und Verbandes ausfallen möchten. Der Bezirksvorsitzende Madenach-Saarbrücken hieß die Delegierten und Gäste willkommen, auch er wünschte den Verhandlungen besten Verlauf. Zu Schriftführern wurden die Kollegen Wolf- und Schrader-Saarbrücken gewählt. Nach Wahl der Mandatsprüfungs- und der Diätenkommission kamen zur Beratung die Berichte des Gauvorstandes und der Bezirksvereine (dieselben lagen gedruckt vor.) Kollege Fuhs-Mannheim gab einen kurzen Rückblick. Er wünschte eine regere Agitation entfaltet zur Einführung des Tarifes und von Verbands wegen. Auf Antrag des Stellvertreters des Gauvorstehers, Kollegen Trautwein-Mannheim, wurde der dritte Punkt (Kassenbericht) mit dem zweiten Punkte verhandelt. Kollege Fuhs-Mannheim behauerte die hohen Vorstände in einzelnen Bezirken und ersuchte um Abhilfe. Der Gaukassierer Huber-Mannheim sprach sich über letzteren Punkt ebenfalls näher aus. Von verschiedenen Delegierten wurde gewünscht, daß, um den Uebelständen besser entgegenzutreten zu können, die Ablieferung der Beiträge bestimmt am 1. und 15. jeden Monats erfolgen solle, statt der jetzt vierwöchentlichen. Es wurde des weitern betont, daß an Restanten keinerlei Unterstützung auszusagen sei. Werde damit richtig verfahren, dann werde das Restanten- und Vorstandsweihen wirksam bekämpft werden. Der Goutag sprach sich einstimmig für Ablieferung der Beiträge am 1. und 15. des Monats aus. Dem Wunsche auf regere Agitation gegenüber erwiderte Gauvorsteher Wenzel, daß der Gauvorstand mit Freude allen an ihn gerichteten Wünschen nachkommen werde. Zu kommenden Herbst werde eine nachdrückliche Agitation einsetzen. Der Kassenbericht wurde hierauf in der vorliegenden Fassung genehmigt und dem Gaukassierer auf Antrag der Redatoren Entlastung ausgesprochen. — Der Vorsitzende gedachte der im Gau seit der letzten Tagung gestorbenen Kollegen, deren Anbenken der Goutag durch Erheben von den Seiten ehrte. — Aus den folgenden Beratungen, Aenderung zum Gaustatut, sei erwähnt: Der Antrag Hanau und des Gauvorstandes, dem § 7 zuzufügen: Der Gauvorstand ist verpflichtet, während der Dauer seiner Amtsperiode in allen Bezirken mindestens eine unvermutete Kassenrevision durch ein oder mehrere Mitglieder des Gauvorstandes vornehmen zu lassen, wurde einstimmig angenommen. Eine lebhaftere Debatte rief der Antrag dreier Bezirksvereine hervor, welcher zum § 19 folgendes einzufügen wünschte: „Zu Friedensübungen einberufene Mitglieder erhalten für die Dauer der Übungen die Unterstützung nach § 26, Abs. 1 aus der Gaukasse.“ Gauvorsteher Wenzel sprach sich ganz entschieden gegen den Antrag aus. Der gefamte Gauvorstand sei derselben Meinung. Das System des Militarismus dürfe von Arbeitern nicht unterstützt werden. Für den Antrag sprachen die Kollegen Schneider-Heidelberg, Walther-Mainz, Madenach-Saarbrücken, Hoffmann-Hanau, Wente-Mainz. Es wurde von den Redatoren auf die möglichen Folgen hingewiesen, welche für manchen Kollegen bei einer Einberufung entstehen könnten, als da sind: Restieren der Beiträge infolge des Lohnausfalles, dann Verweigerung der Unterstützung und schließlich Ausschluß. Das seien Härten, die ausgemergt werden müßten. Der Bezirksverein Mannheim sprach sich gegen den Antrag aus, desgleichen Kollege Trautwein. Er wies besonders auf die finanziellen Folgen hin. Werde der Antrag angenommen, so sei eine Steuererhöhung unausbleiblich. Nachdem Kollege Wenzel noch einmal eindringlich vor der Annahme gewarnt, erfolgte die Abstimmung. Dafür waren 18, dagegen 19 Stimmen. Der Antrag war somit mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Von Bedeutung ist die Aenderung im § 26d. Bisher erhielten Zurück-

kehrende nur dann den Gauzuschuß, wenn sie wieder mindestens eine Woche im Gau gearbeitet resp. gearbeitet hatten. Nach Begründung durch die Kollegen Fuhs-Mannheim und Sinz-Mainz wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Mitglieder, welche aus dem Gau abgereist sind und nicht länger als 6 Wochen auswärts funditioniert haben, treten sofort in ihre alten Rechte ein. Der Antrag auf Gratifikationsstellung des Corr. auf Kosten der Gaukasse wurde abgelehnt. Nunmehr trat eine Mittagspause ein.

Die Besprechung über die tarifliche Lage im Gau wurde nach Wiedereröffnung der Sitzung aufgenommen. Der Vorsitzende referierte in ausführlicher Weise. Die Gesamtzahl der Gehilfen im Gau betrug nach der Statistik vom 27. März 2423, darunter Verbandsmitglieder 1528, Gutenberg-Bündler 23, Gewerkschafter 3, zur Marke „N.-B.“ zählten 806. Nichttarifmäßig werden bezahlt 356, tarifmäßig 588 (1897: 297), über Tarif 824 (1897: 448). Die Lehrlingsstatistik weist 436 Seper- und 138 Druckerlehrlinge nach. Die Sepermaschine hat sich rasch vermehrt, indem 70 Stück im Betriebe waren gegen 17 im Jahre 1898 und zwar 44 Linotypen, 27 Typographen und 1 Monoline. Am schlechtesten besonders für den Verband liegen die Verhältnisse in Kaiserlautern. Trotz der eifrigen Tätigkeit des Bezirks- und Gauvorstandes geht es nur sehr langsam vorwärts. Die Leute sind dort für die Organisation nicht zu gewinnen, ein großer Teil sind Buchdrucker und Bauern zu gleicher Zeit, sie bauen ihren Kohl und kümmern sich nicht um das Wohl und Wehe ihres Berufes. Daß der Prinzipalität derartige Zustände nur genehm sind, braucht kaum erwähnt zu werden. Im großen und ganzen bezeichnete Kollege Wenzel die Verhältnisse aber als bedeutend bessere als in den Vorjahren. Besonders das rasche Zunehmen der Sepermaschine freite der Redner, darum siege es an uns, bessere Verhältnisse betreffs Arbeitslohn und Arbeitszeit zu schaffen. Die Vertreter der einzelnen Bezirke berichteten in ausführlicher Weise über die Lage im allgemeinen, es würde indes zu weit führen, hier näher darauf einzugehen. Eine Debatte rief noch die Institution der Kreis-Mentor hervor. Sämtliche Redner, Mitglieder der Kreis-Mentor II, III und IV, sprachen sich gegen dieselben aus. Auf der Generalversammlung in München sollen die Vertreter des Gaues Mittelrhein ihre Bedenken gegen die Kreis-Mentor nachdrücklich zur Geltung bringen. — Beschlossen wurde sodann die Errichtung eines besondern Bezirks Worms. Der nächste Goutag wird in Heibelberg abgehalten. Ein hierauf gestellter Antrag auf Abbruch der Verhandlungen zum zweiten Tage wurde abgelehnt und mit den Beratungen fortgefahren bei Punkt 9: Festsetzung der Verwaltungs- und Remuneration für den Gauvorstand. (Besprechung über event. Anstellung eines Gauverwalters.) Der Gauvorsteherstellvertreter Trautwein führte aus, daß man den letztern Antrag mit dem ersten verquält, weil sie von einander abhängig seien. Unser Gauvorsteher habe erklärt, die Geschäfte in der bisherigen Weise nicht weiterführen zu können. Es sei eine Arbeitsstellung notwendig. Kollege Wenzel begleite eine Anzahl Ehrenämter, die er nicht ablehnen könne im Interesse der Arbeiterschaft. Kollege Wenzel sei aber für den Gau absolut notwendig, deshalb sei auch der Gauvorstand zu der Ansicht gekommen, daß ein Gauverwalter angestellt werden müsse. Die Arbeit habe sich derart vermehrt, daß sie in der freien Zeit nicht mehr erledigt werden könne. In der Diskussion sprachen sämtliche Redner ihr vollstes Vertrauen aus zu dem altbewährten Gauvorsteher Wenzel und wünschten ihn auch unter allen Umständen ferner an der Spitze des Gaues Mittelrhein zu sehen. Kollege Fuhs-Mannheim wies auf die prompte Erledigung der Geschäfte durch den Gauvorsteher, besonders aber auch den Gaukassierer Huber hin, wie sie in Gauen mit Verwaltern nicht besser erledigt werden könne. Er schlug vor, die laufenden schriftlichen Arbeiten dem Stellvertreter des Gauvorstehers zu übertragen. Kollege Zeeh-Mainz gab namens des Bezirksvereins Mainz die Erklärung ab, mit dem Gauvorstande vollständig zufrieden zu sein, da er zu jeder Zeit die Geschäfte prompt erledigt habe. Die Mitglieder würden es schwer empfinden, wenn Wenzel oder Huber auscheiden würden. Zu ähnlicher Weise sprachen sich alle übrigen Redner aus. Der Gauvorsteher

Wenzel bemerkte, daß er mit seinen anderen Mentoren sehr viel Arbeit habe, es wäre somit besser, wenn man einen andern Kollegen zum Gauvorsteher wählen würde. Er war ferner der Ansicht, daß in einigen Jahren ein Gauverwalter doch angestellt werden müsse. Diese letztere Angelegenheit möge man einstweilen noch dem Gauvorstande überlassen. Er schlug vor, der Goutag möge den Gauvorsteher wählen und die übrigen Mitglieder durch die Ortsvereine Ludwigshafen und Mannheim bestimmen lassen. Der Antrag wurde angenommen. — Es kam zur Beratung der Antrag betr. Festsetzung des Beitrages zum Gau. Der Gaukassierer Huber führte in längerer Rede aus, daß im 1. Quartale 1902 zur Bestreitung des Zuschusses zur Konditionslosen-Unterstützung allein 9 Pf. pro Mitglied notwendig, der Gaubeitrag betrage aber nur 7 Pf., das 2. Quartal werde voraussichtlich noch ungünstiger abschließen, da der Goutag allein etwa 1200 Mark erfordere. Bleibe es bei dem jetzigen Beitrage, so könne bei Schluß des Jahres mit einem Fehlbetrage von 30'000 Mk. gerechnet werden. Kollege Wenzel hob hervor, daß sich auch im Gau der Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse geltend mache. Wollten wir unsre Kasse im Gleichgewichte halten, so sei eine Erhöhung des Beitrages notwendig. Der Gauvorstand empfahl Erhöhung um 3 Pf., also auf 10 Pf. pro Woche. Nach längerer Debatte beschloß der Goutag auf Vorschlag Wenzels: Der Goutag ermächtigt den Gauvorstand, wenn nötig, den Gaubeitrag von 7 auf 10 Pf. zu erhöhen unter Einholung der Zustimmung der Bezirksvorstände. — Bei Punkt 12, Wahl des Gauvorstehers, erkannte Kollege Zeeh-Mainz in warmen Worten die Tätigkeit des Gauvorstehers Wenzel an. Der Goutag wählte einstimmig den bisherigen Vorsteher wieder. Kollege Wenzel dankte für die Wahl und das Vertrauen, er versicherte, auch ferner nach besten Kräften für den Verband und speziell für den Gau Mittelrhein wirken zu wollen. Es folgte hierauf abends 1/8 Uhr Vertagung der Beratungen zum Montag.

Am 10 Uhr am zweiten Pfingsttage erfolgte nach Feststellung der Präsenzliste die Fortsetzung der Verhandlungen. Zunächst wurde der Antrag zu § 25 des Gaustatuts, Ablieferung der Beiträge betreffend, zum einstimmigen Beschluß erhoben. Die Beiträge sind danach am 1. und 15. des Monats pünktlich an die Orts- bzw. Bezirkskassierer abzuliefern, einzeln stehenden auswärtigen Mitgliedern ist eine monatliche Ablieferungspflicht gestattet. Eine ausgedehnte Debatte erregte der Antrag Mainz, die Kosten zur Tarifeinführung aus der Zentralkasse zu bestreiten. Es ist darunter zu verstehen die Teilnahme von Schiedsgerichtsvorsitzenden, Stellvertretern usw. zu den Kreis-Amts-Sitzungen. Im Kreise III sei dies seitens der Zentralkasse verweigert worden. Mitglieder der Schiedsgerichte der Kreise II und IV berichteten das Gegenteil. Es könne sich nach Ansicht des Goutages hier nur um einen Irrtum handeln. Es wurde hierauf in die Beratung der Tagesordnung zur Generalversammlung des Verbandes eingetreten. Wir haben nur die wichtigsten Beschlüsse hervor: der Antrag Mannheim „die Arbeitslosen-Unterstützung am Orte aus der Verbandskasse um 50 Pfa. pro Tag zu erhöhen unter Befreiung der bisherigen Karenzzeiten“ wird angenommen mit dem Zusätze, „daß bei Ablehnung durch die Generalversammlung der bisherige Gauzuschuß auch ferner bestehen bleibt“. Es folgen Bemerkungen zu einzelnen Anträgen. Kollege Fuhs-Mannheim sprach sich dagegen aus, den Verbandsbeitrag zu erhöhen; eine Erhöhung laufe den Interessen des Verbandes zuwider. Was die Anträge zur Gründung einer Witwen- und Waisenkasse betreffe, so sei diese Frage noch nicht sprudreif, es könnten vielleicht bis zur Generalversammlung 1905 Vorbereitungen getroffen werden. Kollege Lampe-Ludwigshafen spricht sich gegen die von einer Seite beantragte stoffartige Kranken-Unterstützung aus. Dieser Ansicht verpflichtet der Goutag bei. Kollege Schneider-Heidelberg wünscht andre Regelung der Anzugskosten. Kollege Schmalz-Mannheim hält es für ungerath, daß zum Bezuge der Invaliden-Unterstützung ärztliche Bescheinigung notwendig sei. Kollege Hoffmann-Hanau sprach sich gegen die Zahlung der Unterstützung beim Aussehen aus. Kollege Wenzel war der Ansicht, daß jeder Konditionslose, also auch der Aussehbende, Unterstützung erhalten müsse. Weigere sich jemand auszusetzen und es folge Kündigung, dann gehe manche gute Kondition verloren. Der bekannte

